Bremische Bürgerschaft	Drucksache 18/1363
Bürgerschaft (Landtag)	23.04.14
18. Wahlperiode	(zu Drs. 18/725)

Bericht der Deputation für Gesundheit

Antrag der CDU vom 15. Januar 2013 (Drs. 18/725)

„Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen aufnehmen“

Vorbemerkung zur Ausgangslage:

Repräsentative Daten zu Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen über alle Altersstufen hinweg gibt es für Bremen nicht. Gleichwohl ergeben sich Hinweise aus den kinder- und jugendärztlichen Diensten der Gesundheitsämter der Stadtgemeinden. Hiernach sind beide Geschlechter etwa gleich häufig von Übergewicht betroffen. Das Übergewicht liegt bei 6-jährigen bei etwa 11 %, 11jährige und 14jährige sind in ca. 21% betroffen und 15jährige in rund 32%.

Es spricht vieles dafür, dass die Anteile Übergewichtiger aus der großen, für Deutschland repräsentativen Untersuchung des Robert Koch Instituts zur „*Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*“ (KiGGS) auch für eine Abschätzung der Quoten übergewichtiger Kinder und Jugendlicher in Bremen herangezogen werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein wesentlicher Verteilungsfaktor für Übergewichtige die soziale Lage ist. Es muss somit vermutet werden, dass infolge der besonders hohen Benachteiligtenquote unter den Bremer Kindern und Jugendlichen auch der Anteil adipöser Kinder etwas über dem Bundesschnitt liegen dürfte.

Übergewicht und Fettleibigkeit von Kindern und Jugendlichen stellen ein gesamtgesellschaftliches und komplexes Problem dar. Eine umfassende und koordinierende behördliche Steuerung mit einem vollständigen Überblick über Konzepte, Aktivitäten und Projekte ist wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen und nur eingeschränkt deutlicher Zuordnung von Akteuren und Institutionen nicht verlässlich herstellbar. Die staatlich lenkbaren Einflussmöglichkeiten sind vor allem bei den besonders betroffenen älteren Kindern und Jugendlichen – vorrangig in den Bereichen mit Migrationshintergrund und / oder sozialer Benachteiligung - am geringsten.

Das Augenmerk muss in Anlehnung an den *Landesgesundheitsbericht Bremen 2010* auf die ernährungsbezogene Prävention bei sozial benachteiligten Familien gelenkt werden. Kinder im Setting Kindergarten und Schule sind am ehesten einer Primärprävention zugänglich. An diesen Orten können sozial benachteiligte Kinder mit ihren Familien ohne Ausgrenzung erreicht werden, denn Ernährungsgewohnheiten werden überwiegend in der Familie geprägt. In den Ausbau der Betreuung von unter 3-jährigen Kindern sollte die Entwicklung von Esskultur und Elternschulung integriert werden. Wesentlich hierbei ist, dass das Ernährungsverhalten nicht isoliert betrachtet werden darf, denn ungesundes Ernährungsverhalten, Bewegungsmangel und hoher Fernsehkonsum korrelieren und beeinflussen sich gegenseitig negativ.

Ebenso negativ wirken sich psychische Probleme bei Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit einem auffälligen bzw. krankhaften Essverhalten auf das Körpergewicht aus. Essstörungen wie die Magersucht (Anorexie), die Ess-Brech-Sucht (Bulimie) sowie die Fettleibigkeit im Zusammenhang mit psychischen Störungen (Binge-Eating), sind in jüngster Zeit zunehmend ins Zentrum der gesellschaftlichen und gesundheitspolitischen Diskussion gerückt. Sie sind als ernstzunehmende, therapiebedürftige Krankheiten zu sehen. Die Ursachen dieser Störungen werden mit einem falschen Essverhalten, falscher Ernährung sowie einem über die Medien

propagierten Schlankheitsideal in Zusammenhang gebracht. Dies geht aus der für Deutschland repräsentativen Untersuchung des Robert Koch Instituts zur „*Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*“ (KiGGS) hervor. Demnach finden sich bei einem Fünftel der Kinder und Jugendlichen (20,9%) zwischen 11 und 17 Jahren Hinweise auf ein gestörtes Essverhalten (Mädchen 28,9%, Jungen 15,2%). Dieser Anteil steigt bei Mädchen bis zum Alter von 17 Jahren sogar auf 30,1 %, bei Jungen sinkt er auf 12,8%. Heranwachsende, die Symptome einer Essstörung aufweisen, sind fast dreimal so häufig übergewichtig wie ihre Altersgenossen mit unauffälligem Essverhalten. Ein niedriger Sozialstatus, die Herkunft aus einer Migrantenfamilie, familiäre Schwierigkeiten sowie eine geringe soziale Unterstützung durch Eltern und Gleichaltrige sind mit einem gesteigerten Risiko für Essstörungen verbunden. Präventions- und Aufklärungsangebote in Kindergärten und Schulen sollen laut Robert Koch- Institut ein gesundes Essverhalten fördern. Spezielle ambulante und stationäre Therapieangebote, wie sie auch in Bremen bestehen, sollen zu einer Gesundung der betroffenen Kinder und Jugendlichen beitragen.

Der Senator für Gesundheit verweist auf zahlreiche Institutionen, aktive Akteure und laufende Projekte im Kontext von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen:

***Prävention und Begleitung*:**

In den gesetzlich vorgegebenen *Schuleingangsuntersuchungen* der sozialpädiatrischen Abteilungen der Gesundheitsämter werden Übergewicht und Adipositas erfasst und bewertet. Im Rahmen der Rücksprache mit den betroffenen Kindern und den Eltern wird die Problematik angesprochen, vertieft und es werden Empfehlungen ausgesprochen.

Das Bremische Kindeswohlgesetz von 2007 sieht in strukturierter Form ein verbindliches Einladungswesen für kindliche Vorsorgeuntersuchungen bei Kinder- und Jugendärzten vor. Dabei spielen auch Fragen der Ernährung und eine Bewertung des Gewichtes eine zentrale Rolle. Einladungen an die Sorgeberechtigten erfolgen durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst incl. Nachverfolgung („Tracking“) in den Fällen, in denen keine Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt wurden. Zwischenzeitlich kann festgestellt werden, dass die kindlichen Vorsorgeuntersuchungen nahezu vollständig in Anspruch genommen werden und somit einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung und / oder Behandlung von Übergewicht und Fettleibigkeit leisten.

Das Leibniz- Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS) führt seit 1990 für KiTa Bremen und seit 1999 für den Landesverband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Bremen ein präventionsorientiertes, praxisbezogenes Interventionsprogramm zur Ernährung durch. Mit den Maßnahmen werden mehr als 120 Kitas und damit über 11.500 Kinder und deren Familien erreicht. Im Rahmen beider Kooperationen wurden Qualitätshandbücher zur Verpflegung entwickelt und deren Implementierung fachlich begleitet und evaluiert. Weitere Maßnahmen sind Schulungen des hauswirtschaftlichen und pädagogischen Personals, Newsletter für die Eltern und Kita-Mitarbeiter/innen zu Ernährungsfragen, Rezeptvorschläge für eine gesunde Ernährung und vieles mehr. Das BIPS führt zudem EU-weite Studien zu Risikofaktoren der Adipositas und der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Prävention von Adipositas bei Kindern und Jugendlichen durch.

Die Bremer Krankenkassen entfalten auf der Grundlage von § 20 des V. Sozialgesetzbuches („*Prävention und Selbsthilfe*“) zahlreiche Aktivitäten für betroffene Kinder und Jugendliche in Form von Kursen und Schulungen. Handlungsfelder und Kriterien orientieren sich dabei an den Empfehlungen des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen.

Im Vordergrund stehen dabei differenzierte Schulungsmaßnahmen:

- Gesundheitsförderndes Ernährungs- und Bewegungsverhalten
- Konstante Beibehaltung des Körpergewichts bei gleichzeitigem Längenwachstum (ggf. Gewichtsreduktion)
- Vermeidung von Adipositas assoziierten Erkrankungen
- Verbesserung des Körperbewusstseins, des Selbstbewusstseins und des Selbstwertgefühls.

Der Senator für Gesundheit hat allerdings keinen vollständigen Überblick über das Angebot aller Kassen.

Auch der Landessportbund mit seinen zahlreichen Sportvereinen engagiert sich in einzelnen Stadtteilen für Kinder und Jugendliche mit Übergewicht und Adipositas.

Die Vernetzungsstelle ‚Schulverpflegung' im Land Bremen der Senatorin für Bildung und Wissenschaft leistet – indirekt – über die an Ernährungsstandards orientierten Angebote einen relevanten Beitrag im Kontext der Problematik von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen (1279/18 + Neufassung).

‚*BesserEsser':* Aktionstage mit zahlreichen Institutionen und Sponsoren für Kinder- und Jugendernährung im November 2013 in der Messe Bremen mit Folgeveranstaltung in 2014.

Der Gesundheitstreffpunkt West (GTP) mit *Bremer Plattform für Ernährung*: Die Fachtagung „*Gesund aufwachsen in* Bremen – *Partnerschaften stärken – gemeinsam handeln!"* am 14.02.2014 stand unter dem Motto „Gesundheitliche Chancengleichheit". Sie wurde in gemeinsamer Verantwortung des GTP West, des Leibniz-Instituts für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS), der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und den Landesvereinigungen für Gesundheit in Bremen und Niedersachsen durchgeführt. Die Fachtagung widmete sich den zentralen Fragen der Kindergesundheit und ist durch ihre Ausrichtung ebenfalls geeignet, einen Beitrag zur Senkung von Übergewicht und Fettleibigkeit zu leisten.

***Therapie*:**

Das Klinikum Bremen Mitte bietet für fettleibige Kinder und Jugendliche eine ambulante, tagesklinische und stationäre Behandlung an. Im Klinikum Bremen-Nord können Eltern und übergewichtige Kinder und Jugendliche getrennt nach vier Altersgruppen an einer einjährigen Adipositas- Schulung teilnehmen. Im Mittelpunkt stehen die Themen Ernährung, Bewegung, Medizin, psychosoziale Betreuung und Familiengespräche. In der Regel übernehmen die Krankenkassen die Kosten der Schulung.

Eine weitere Möglichkeit der Adipositas- Schulung besteht über die *Arbeitsgemeinschaft Adipositas im Kindes und Jugendalter* (AGA) in Bremen- Stadt am Zentrum für Adipositas- Schulung (ZABS). Die AGA bietet bundesweit Schulungen an, ist organisatorisch an der Kinderklinik der Charité in Berlin verortet und setzt sich aus verschiedenen Fachorganen und Kooperationspartnern zusammen.

Kinder mit Essstörungen werden ambulant über die Kinder- und Jugendärzte in Kooperation mit den Kinder- und Jugend- Psychotherapeuten/ -Psychologen/- Psychiatern behandelt. In schweren Fällen können sie im Klinikum Bremen Ost stationär aufgenommen und behandelt werden. Im norddeutschen Raum (Lüneburg, Osnabrück) stehen auch auf Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen spezialisierte Kliniken für eine Behandlung zur Verfügung.

Ausblick:

Das für 2014 von der Großen Koalition auf Bundesebene angekündigte *Präventionsgesetz* kann unter der Voraussetzung einer Fokussierung auf Lebenswelten und einer entsprechenden Einbindung der Länder und Sozialversicherungsträger mit verbindlich abgestimmten regionalen und vernetzten Zielen und der Schaffung von Länderfonds eine geeignete Grundlage bilden, die Problematik von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen konsequent und ergebnisorientiert aufzugreifen.

II. Beschlussempfehlung

Die staatliche Deputation für Gesundheit empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag der CDU „Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen aufnehmen“ abzulehnen, da

- zahlreiche Empfehlungen des Antrags der CDU durch die bestehenden Aktionen bereits umgesetzt werden.
- die im Antrag der CDU umfassenden und weiterführenden Aktivitäten in der vorgeschlagenen Form nicht umsetzbar erscheinen.
- das erwartete Präventionsgesetz als geeignete Basis angesehen wird, einen relevanten Beitrag zur Linderung des Problems von Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen in optimierter Form zu leisten.

Vorsitzende	Sprecher